

Gerechte Einkommensteuerhöhe: das Verhältnis von Erwartung, Wunsch und Wirklichkeit

Witte, Erich H.; Mölders, Christina; Peytsch, Oliver

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Witte, E. H., Mölders, C., & Peytsch, O. (2009). *Gerechte Einkommensteuerhöhe: das Verhältnis von Erwartung, Wunsch und Wirklichkeit*. (Hamburger Forschungsberichte zur Sozialpsychologie (HaFoS), 87). Hamburg: Universität Hamburg, Fak. für Erziehungswissenschaft, Psychologie und Bewegungswissenschaft, FB Psychologie, Arbeitsbereich Sozialpsychologie. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-378015>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Hamburger Forschungsberichte zur Sozialpsychologie HAFOS

Erich H. Witte, Christina Mölders & Oliver Peytsch

Gerechte Einkommensteuerhöhe: Das Verhältnis von Erwartung, Wunsch und Wirklichkeit.

Hamburger Forschungsberichte zur Sozialpsychologie

Der Arbeitsbereich Sozialpsychologie an der Universität Hamburg legt seit über 15 Jahren eine Serie von Forschungsberichten (working papers) auf, die der wissenschaftlichen Diskussion dienen sollen. Die hier präsentierten Arbeiten werden normalerweise in einer überarbeiteten Fassung in anderen Werken/Zeitschriften publiziert. Die Autoren sollten daher angesprochen werden, bevor in anderen publizierten Werken auf die Forschungsberichte hingewiesen wird.

Hamburg Social Psychology Research Papers

For more than 15 years, the Institute of Social Psychology at the University of Hamburg runs its own series of working papers which are produced for discussion purposes only. These works will normally be published in a revised form subsequently. The authors should thus be contacted before referring to its contents in other published works.

Witte, Erich H., Mölders, Christina, & Peytsch, Oliver (2009). <i>Gerechte Einkommensteuerhöhe: Das Verhältnis von Erwartung, Wunsch und Wirklichkeit</i> . (Hamburger Forschungsbericht zur Sozialpsychologie Nr. 87). Hamburg: Universität Hamburg, Arbeitsbereich Sozialpsychologie.

Gerechte Einkommensteuerhöhe: Das Verhältnis von Erwartung, Wunsch und Wirklichkeit¹

Erich H. Witte, Christina Mölders & Oliver Peytsch
Universität Hamburg, Arbeitsbereich Sozialpsychologie

Zusammenfassung

In der vorgestellten Online-Szenariostudie (N = 2858 Beurteilungen von Szenarien) wurde untersucht, welche Einkommensteuerhöhe in Abhängigkeit von Einkommen, Kinderzahl, Alter und Familienstand als gerecht empfunden wird. Die vorgegebenen Szenarien bestanden aus der Beschreibung eines Mannes in verschiedenen Lebenssituationen, die durch Variation der genannten Variablen definiert wurden. Vom Brutto-Einkommen wurden jeweils die Sozialabgaben offen abgezogen. Die Befragten wurden aufgefordert, die ihrer Meinung nach gerechte Steuerhöhe in Euro festzulegen sowie die tatsächliche Steuerhöhe zu schätzen. Schließlich wurden Angaben zum eigenen (Netto-) Einkommen sowie zur hier vermuteten und gerechten Steuerhöhe erhoben.

Eine Varianzanalyse zeigt, dass nur Einkommen und Kinderzahl für die Festlegung der Steuerhöhe relevant waren. Die Progression wird offenbar als gerecht empfunden: Abhängig vom Einkommen halten die Befragten einen Steuersatz zwischen 5 und 17 % für angemessen. Je nach Anzahl der Kinder sinkt dieser Satz. Beim Vergleich von gewünschtem, realem und vermutetem Steuersatz fällt auf, dass die tatsächliche Steuerlast im unteren Einkommensbereich überschätzt, in den hohen Bereichen unterschätzt wird. Die als gerecht empfundene Höhe liegt deutlich unter vermuteter als auch realer Höhe der Steuer. Dabei bestehen keine bedeutsamen Korrelationen zwischen soziodemographischen Angaben der Personen und ihren Veranschlagungen des Steuersatzes.

Auch für die stärker emotionsbasierte Einschätzung der eigenen Steuerhöhe zeigt sich, dass im unteren Einkommensbereich die Steuerhöhe überschätzt und im oberen unterschätzt wird. Der als gerecht empfundene Satz liegt im unteren Einkommensbereich sogar über dem realen, im oberen Einkommensbereich allerdings weit darunter. Eine Progression ist hier nicht mehr erkennbar.

Implikationen für steuerpsychologische Forschung und Politik werden diskutiert.

Schlüsselwörter: Steuern, Gerechtigkeit, Steuersatz, Steuergerechtigkeit, Einkommensteuergesetz, Wahrnehmungsverzerrung

¹ Für die finanzielle Unterstützung bei dieser Studie danken wir herzlich der Stiftung Wertevolle Zukunft.

Summary

The presented online study (N = 2858 scenario judgments) examines which income tax rate is felt to be just, taking into consideration income, number of children, age and marital status. The participants were given the description of a man under different living conditions which were determined by altering the named variables. Social security contributions were overtly subtracted from the gross wages. The participants were asked to decide on a tax rate they considered to be just and to estimate the real tax rate. Finally, data concerning their own (net) income as well as desired and real tax rate were collected.

An analysis of variance reveals that only income and number of children turn out to be relevant for the just tax rate. Obviously, progression is felt to be just. Depending on the income, participants would prefer tax rates from 5 to 17 %, decreasing with rising number of children.

Comparing desired, real and estimated tax rates it becomes apparent that the tax load is overestimated for lower and underestimated for higher incomes. Just rates are clearly lower than estimated and real tax rates. There are no relevant correlations between participants' socio-demographic data and given just tax rates.

Concerning a more emotion-based estimation of the own taxation, tax rates are overestimated by people with lower income and underestimated by those with higher income. For people with lower wages, the just rate even exceeds the real rate, whereas for more earning groups it falls short of reality. No consistent progression is to be constituted.

Implications for financial psychological research and politics are discussed.

Keywords: taxation, justice, tax rate, tax equity, income tax law, perception bias

1. Einleitung

Die Vereinfachung der Einkommensteuer im Sinne einer Vereinheitlichung des Steuersatzes stößt in Deutschland auf großen Widerstand. Die Progression, die unterschiedliche Behandlung von Bürgern mit unterschiedlichem Einkommen, wird in der Bevölkerung offenbar grundsätzlich als gerecht empfunden. Damit ist allerdings noch keine Aussage darüber getroffen, wie hoch die Steuerbelastung für verschiedene Einkommensgruppen sein darf – hier können die Meinungen weit auseinander gehen, wie die anhaltende Diskussion um die „Reichensteuer“ zeigt. Eine empfundene Gerechtigkeit des Gesetzes und damit auch des Steuersatzes, darauf deuten die Ergebnisse verschiedener Studien hin, ist wesentlich für Steuermoral und Steuerzahlungsverhalten (vgl. z.B. Spicer & Becker, 1980, Wärneryd & Walerud, 1982, für einen Überblick Kirchler, 2008). Um eine solche Gerechtigkeit verwirklichen zu können, ist es wesentlich, die Bedürfnisse und Ansichten der Bürger zu erfassen und so weit wie möglich umzusetzen.

In der nachfolgend beschriebenen Untersuchung gehen wir verschiedenen Fragen nach: Welche Steuerhöhe halten Bürger für gerecht? Welche Lebensumstände würden sie dabei berücksichtigen, welche nicht? Welche Rolle spielt dabei ihre persönliche Situation? Haben sie eine realistische Vorstellung von der tatsächlich erhobenen Steuer? Und welchen Anteil ihres eigenen Einkommens würden sie freiwillig als Steuer „opfern“?

Wir ergänzen damit Untersuchungen dazu, wie der Gesetzgeber Ausnahmen im Einkommensteuergesetz ethisch begründet (Witte & Mölders, 2007) und als wie gerecht Steuerzahler diese Ausnahmen beurteilen (Witte, Mölders, & van Quaquebeke, under review). Jetzt soll es also darum gehen, Steuerhöhen, die als gerecht empfunden werden, konstruieren zu lassen und sie mit der realen Steuerlast zu vergleichen.

2. Forschung zum gerechten Steuersatz

Das Thema der gerechten Steuerhöhe beschäftigt Politik, Rechtswissenschaft, Ökonomie und Wirtschaftspsychologie gleichermaßen – wenn auch mit jeweils verschiedenen Schwerpunkten. Dabei nähern sich die Ökonomen einer solchen Gerechtigkeit eher rechnerisch, ziehen etwa den Gini-Koeffizienten heran, ein Maß für Verteilungsgerechtigkeit (vgl. etwa Noll & Weick, 2008). Rechtswissenschaftler vergleichen bestehende Normen mit den Grundgedanken der Verfassung und wägen ab, ob diese nach wie vor verwirklicht werden (z.B. Traxel, 1986). Politiker debattieren von unterschiedlichen ideologischen und ethischen Standpunkten aus, wie soziale Gerechtigkeit aussehen könnte.

Wirtschaftspsychologen lösen sich von theoretischen Argumentationen und übergeordneten, festen Konzepten und befragen die Menschen. Gerechtigkeit, so ihr Credo, entsteht in unseren Köpfen und zwar auf vielschichtige, höchst komplexe Weise. Dieser Ansatz ist nicht der einfachste, weil er fordert, sich mit diversen Argumentationsmustern oder emotionalen Reaktionen auseinander zu setzen, über die generelle Aussagen zu treffen oft schwierig ist. Dennoch ist es wesentlich, sich mit dieser Perspektive eingehend zu befassen und zu versuchen zu verstehen, was in den Bürgern vorgeht, wenn man einen Staat nach ihren Wünschen und Prioritäten gestalten will (Frey, 2008).

Wenn alles nach dem Willen der Bürger ginge, gäbe es dann überhaupt noch ein Steueraufkommen? Porschke und Witte (2002) fanden in einer Szenariostudie mit 246 Teilnehmern, dass niemand dafür stimmte, gar keine Steuern zu zahlen. Die Nützlichkeit und Notwendigkeit von Steuern ist danach unumstritten, wenn auch das Zahlen als Verlust und damit schmerzlich empfunden wird. Andererseits hielten nur zwei Personen Abgaben (Steuern und Sozialabgaben) von höher als 50 % für tragbar. Das entspricht der These von Schmolders (1975), die 50%-Marke sei ein „psychological breaking point“: Nur wenn die Abgabenhöhe sich darunter bewege, habe der Steuerpflichtige noch das Gefühl, nicht nur für das Finanzamt zu arbeiten. Die Mehrheit der von Porschke und Witte Befragten hielten dementsprechend Steuern und Sozialabgaben in Höhe von 20 bis 40 % für angemessen, wobei der Median bei 29 % rangierte. Dabei variierte die gerechte Abgabenhöhe mit der Lebenslage des Bürgers im Szenario, definiert durch eine gegebene Steuerhöhe, eine Wahrscheinlichkeit, öffentliche Leistungen in Anspruch zu nehmen und der Güte der staatlichen Fürsorge.

Auch Liebig und Mau (2005) fanden heraus, dass es als sehr ungerecht angesehen werde, gar keine Steuern zu zahlen. Nach ihren Daten gilt eine durchschnittliche Besteuerung

zwischen 5 und 35 % als mehr oder weniger gerecht, ein Steuersatz zwischen 35 und 60 % als ungerecht und alles darüber hinaus als sehr ungerecht. Hier wurde nur nach Steuern, nicht nach Sozialabgaben gefragt. Eine nach Einkommenshöhe differenzierte Steuerbelastung stieß bei den Befragten weitgehend auf Zustimmung. Dabei sollten Kinder zu einer Steuerreduktion führen. Uneinheitliche Ergebnisse zeigten sich allerdings in Bezug auf den Einfluss des Familienstandes: Explizit danach gefragt, verneinte die Mehrheit der Studien-Teilnehmer, dass dieser die Steuerlast beeinflussen solle. War der Familienstand in ein Szenario eingebettet, zeigte sich hingegen ein Effekt in der Richtung, dass Verheiratete weniger Steuern zahlen sollten. Bei der Bewertung konkreter Einzelfälle zeigte sich ein logarithmischer Zusammenhang zwischen Erwerbseinkommen und gerechtem Steuerbetrag: Bei sehr hohen Einkommen stieg der Steuerbetrag nicht in gleichem Maße wie das Einkommen, was die Autoren dahingehend auslegen, dass es offenbar eine gerechte Obergrenze der Besteuerung gebe.

Die aktuelle Durchschnittssteuerlast beträgt in Deutschland 20,3 % (Statistisches Bundesamt, 2008). Das scheint zunächst gar nicht so entfernt von dem, was die Bürger selbst als gerecht ansehen, auch wenn man berücksichtigt, dass der Bürger Steuern und Sozialabgaben nicht differenziert. Allerdings empfanden in der Untersuchung von Liebig und Mau (2005) rund 59 % der Befragten ihre Steuerbelastung im Jahr 2003 als ungerecht (zu hoch) und 38 % als gerecht. Die ausgeprägteste Ungerechtigkeitswahrnehmung fand sich bei Bürgern mit Einkommen von 1000 bis 1300 Euro. Eine interessante Nebenerkenntnis: Mit zunehmendem Alter wurde die Steuerbelastung tendenziell als gerechter eingeschätzt.

Allerdings: In den seltensten Fällen nehmen wir unsere Steuerlast realistisch wahr; nach dem Stand der Forschung überschätzen wir sie in der Regel (vgl. etwa Fischer & Mörsch, 1999; Jonas, Heine, & Frey, 1999), was dazu führt, dass das Steuersystem als ungerechter empfunden wird, als es unter Betrachtung der tatsächlichen Steuerhöhe vielleicht der Fall wäre. Das schlägt sich auf die Steuermoral nieder. Denn wenn es zu einer Diskrepanz zwischen der subjektiv als angemessen bewerteten Steuerbelastung und dem tatsächlichen Steuerbetrag kommt, fühlen wir uns genötigt, zu reagieren (vgl. Grey, 1982, nach Jonas, Heine, & Frey, 1999) – mit Steuerhinterziehung oder Steuerflucht. Wenn auch nicht einheitlich, so belegen doch einige Studien, dass die Neigung zu Steuerhinterziehung mit dem Empfinden einer Benachteiligung bzw. Ungerechtigkeit steigt (z.B. Spicer & Becker, 1980, Wärneryd & Walerud, 1982). Neben einer verzerrten Wahrnehmung können dafür auch tatsächlich sehr hohe Steuersätze ausschlaggebend sein.

Unsere Studie knüpft an verschiedenen Stellen an das bisher Dargestellte an. Wir haben das Folgende untersucht:

- Welche Steuerlast wird generell als gerecht empfunden? (Wenn wir im Folgenden also von „der gerechten“ Steuer sprechen, ist die *als gerecht empfundene* gemeint.)
- Welche persönlichen Lebensumstände sollen neben dem Einkommen dabei berücksichtigt werden?
- Wie verhalten sich die gerechte und die vermutete zur realen Steuerhöhe?
- Bestehen Zusammenhänge zwischen gerechter Steuerhöhe und soziodemographischen Faktoren?
- Welche Steuerlast fänden die Befragten für sich selbst gerecht? Gibt es einen Unterschied zwischen der objektiven, für die Allgemeinheit gedachten gerechten Steuern und der subjektiv für die eigene Person anzuwendende gerechte Steuer?

3. Methode

Die Befragung erfolgte online in Form von einer Szenariostudie. Den Testpersonen wurde ein Mann in jeweils verschiedenen Lebenssituationen beschrieben, dessen Steuer sie festsetzen sollten. Dabei wurden vier Faktoren systematisch variiert: Bruttoeinkommen (1500 €, 2500 €, 3500 €, 4500 €, 5500 €), Familienstand (verheiratet/nicht verheiratet), Kinderzahl (0, 1, 2) und Alter (25, 35, 45, 55). Wir rechneten anhand der aktuellen Sätze vor, wie viel Sozialabgaben vom Bruttoeinkommen abgezogen werden, so dass die Ausgangsbasis für die Besteuerung schon um Rentenversicherung-, Krankenkassen- und Sozialversicherungsbeitrag (Arbeitnehmeranteil von rd. 18 bis 22 %) reduziert war. Das hat Vor- und Nachteile: Einerseits werden im Bewusstsein der Bürger Steuern und Sozialabgaben nicht getrennt gesehen, sondern pauschal als „Abzüge“ kategorisiert. Es ist davon auszugehen, dass es eine Schmerzgrenze für Abzüge insgesamt gibt, die nicht überschritten werden soll – unabhängig davon, ob es sich um Steuern oder Sozialabgaben handelt. Möglicherweise hätten wir also andere Steuersätze erhalten, wenn wir von anderen Sozialabgaben ausgegangen wären oder sie ganz ausgespart hätten. Andererseits können wir so sehr präzise Aussagen zur Steuerhöhe und nicht nur zur generellen Abgabenhöhe treffen.

Auf diese Weise erhielten wir also 120 verschiedene Konstellationen von Lebenssituationen, aus denen jeweils acht zufällig ausgewählt und den Befragungsteilnehmern vorgegeben wurden. Sie sollten dazu jeweils beantworten, a) welche Steuerhöhe sie gerecht fänden, b) welche Steuerhöhe sie tatsächlich vermuten und c) welche Steuerhöhe sie dem

Gesetzgeber empfehlen würden. Mit letzterem Punkt wollten wir testen, ob von dem „idealen“ Steuersatz pragmatisch abgewichen würde, wenn es um eine reale Umsetzung ginge. Es sei hier bereits vorweggenommen, dass das nicht nennenswert der Fall war ($r = .97^{**}$), weshalb wir auf diesen Punkt auch nicht mehr gesondert eingehen werden.

Der Onlinefragebogen wurde entsprechend den derzeitigen Empfehlungen umgesetzt (Birnbauer, 2004; Kraut et al., 2004). Etwa wurde in der Einleitung zur Befragung betont, dass die Daten anonym erhoben wurden, wobei die Teilnehmer darüber hinaus auch noch einmal am Ende der Befragung die Möglichkeit hatten, ihre Daten von der Auswertung auszuschließen.

4. Stichprobe

Die Rekrutierung erfolgte hauptsächlich im März 2007 über ein Online-Informations- und Nachschlagewerk zum Thema Steuern, mit mehreren Nacherhebungen bis November desselben Jahres. Wir erhielten von 358 Personen auswertbare Daten. Nach Ausschluss von widersinnigen Antworten (Steuerhöhe größer als Einkommen, alle Angaben = 0) blieben 2858 verwendbare Bearbeitungen von Szenarien.

Unsere Versuchspersonen waren überwiegend zwischen 20 und 59 Jahren alt, wobei in unserer Altersverteilung das Maximum bei 30 bis 39 Jahren lag. Es beteiligten sich zu 52 % Männer und zu 48 % Frauen aus allen Bundesländern; dabei stammten die meisten aus Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Baden-Württemberg.

Nicht alle Befragten machten Angaben zu ihrem Einkommen; ca. 20 % enthielten sich einer Antwort. Aus den Kommentaren, die am Ende der Befragung gegeben werden konnten, zu schließen empfanden einige Teilnehmer diese Frage als zu privat. Aus den restlichen Angaben ergab sich folgendes Bild: Etwa ein Viertel der Befragten hatte im Monat Nettoeinkünfte von unter 1000 Euro, etwas mehr als ein Drittel 1000 bis 2000 Euro, ca. ein Fünftel bis zu 3000 Euro, 8 % 3000 bis 4000 Euro, 7 % 4000 bis 5000 Euro zur Verfügung.

Dabei war ein Viertel freiberuflich bzw. selbstständig tätig, zwei Drittel nicht selbstständig.

5. Ergebnisse

5.1 Wie viel Steuern halten die Bürger für gerecht und welche Rolle spielen dabei die Einflussfaktoren Einkommen, Kinderzahl, Familienstand und Alter?

Eine Varianzanalyse zeigt, dass die unabhängigen Variablen Einkommen, Kinderzahl, Familienstand und Alter fast 50 % der Varianz der abhängigen Variablen der gerechten Steuerhöhe aufklären können. Dabei verzeichnen allerdings Familienstand und Alter für sich keinen signifikanten Einfluss auf die Höhe des Betrags. Die Varianzaufklärung wird allein durch die beiden Variablen Einkommen und Kinderzahl geleistet ($R^2 = .49$), wobei Einkommen den wesentlich stärkeren Effekt aufweist (Partielles Eta-Quadrat = .48).

Die Auswertung der gerechten Steuerhöhe (Angabe in Eurobeträgen) in den verschiedenen Szenarien ergibt, dass die Bürger eine Progression für gerecht erachten. Die als gerecht empfundene Steuerhöhe variiert, je nach Höhe des Bruttoeinkommens, von 5 bis 17 %. Damit ergeben sich deutliche Unterschiede zur Studie von Liebig und Mau (2005), die vermutlich darauf zurückzuführen sind, dass dort nicht zwischen Sozialabgaben und Steuerhöhe unterschieden wurde.

Gerechte Steuerhöhe	Bruttoeinkommen (in €)				
	1500	2500	3500	4500	5500
in €	79,05	232,49	421,32	643,22	910,12
in %	5,3	9,3	12	14,3	16,5

Tabelle 1: Gerechte Steuerhöhe

Die entstehende Progression ist nicht linear. Bei gleichem Einkommenszuwachs sinkt die Steigung von 4 % zu Beginn des untersuchten Ausschnitts auf 2,2 % am oberen Ende. Auch wenn offenbar generell eine höhere Besteuerung höherer Einkommen befürwortet wird, so fällt diese Erhöhung doch moderat aus. Da unsere Teilnehmer bereits den Abzug der Sozialabgaben vorgerechnet bekommen haben, ist wahrscheinlich, dass sie das schon als schmerzliche Verluste empfinden (Kahnemann & Tversky, 1979), und deshalb nur noch geringe Verluste zusätzlich in Kauf zu nehmen bereit sind bzw. zumuten wollen.

Bei der Auswirkung der Kinderzahl auf die gerechte Steuerhöhe fällt auf, dass vor allem beim Sprung von keinem zu einem Kind die Steuerlast merklich sinken soll; der Rückgang bewegt sich über alle Einkommensstufen hinweg um die 3 %. Für das nächste Kind halten die Bürger nochmals eine Senkung um ca. 1 % für angemessen.

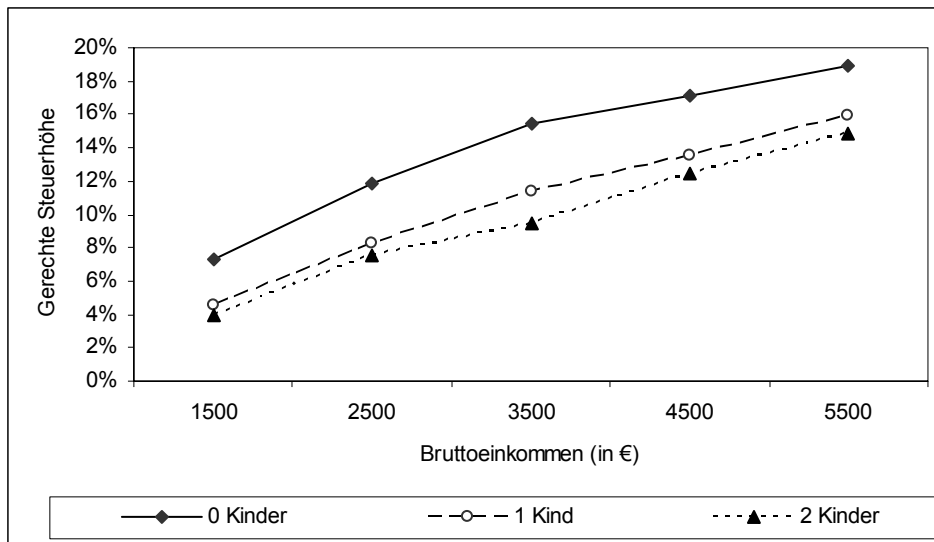


Abbildung 1: Als gerecht empfundene Steuerhöhe abhängig von Bruttoeinkommen und Kinderzahl

An anderer Stelle haben wir bereits feststellen können, dass die bisherige Berücksichtigung von Kindern bei der Einkommensteuer als unzureichend bewertet worden ist, zum Beispiel wegen der fehlenden Absetzungsmöglichkeiten von Ausbildungskosten (Witte, Mölders, & van Quaquebeke, 2008). Diese Ergebnisse bestätigen die Wichtigkeit einer deutlichen Berücksichtigung von Kindern.

Es stellt sich die Frage, wie sich nun der gewünschte, gerechte Steuersatz zum tatsächlichen verhält. Weicht er stark ab? Und schätzen die Bürger die Steuerlast überhaupt realistisch ein?

5.2 Wird die Steuerlast realistisch eingeschätzt? Wie stark weicht die Einschätzung vom Ist-Zustand ab, wie weit von dem als gerecht empfundenen Betrag?

Für die Erhebung des Ist-Zustandes haben wir uns des Online-Abgabenrechners der Bundesregierung bedient. Dieser führt eine Berechnung der Lohnsteuer durch. Nun ist eigentlich der Lohn nicht gleichzusetzen mit dem zu versteuernden Einkommen. Zum einen können auch anders Einkünfte erzielt werden, wie etwa aus Kapitalvermögen, zum anderen gibt es eine Reihe von Befreiungen und Vergünstigungen, die das steuerpflichtige Einkommen gegenüber dem gesamten Einkommen beträchtlich schmälern. Im Steuerrechner werden nun nur die grundlegenden Abzüge (Werbungskostenpauschale, Pauschbetrag für Sonderausgaben und Vorsorgepauschale) bereits berücksichtigt. Eine Differenzierung nach zusätzlichen Einkunftsarten oder eine genauere Angabe der Lebensumstände wäre aber angesichts von Aufbau und Abstraktionsgrad unserer Untersuchung unangemessen.

Steuerhöhe	Höhe des Bruttoeinkommens				
	1500 €	2500 €	3500 €	4500 €	5500 €
Gerecht	79,05 € 5,3 %	232,49 € 9,3 %	421,32 € 12 %	643,22 € 14,3 %	910,12 € 16,5 %
Vermutet	168,04 € 11,2 %	363,08 € 14,5 %	592,65 € 16,9 %	864,89 € 19,2 %	1142,75 € 20,8 %
Real (unverheiratet)	125,50 € 8,4 %	398,58 € 15,9 %	719,66 € 20,6 %	1092,66 € 24,3 %	1503 € 27,3 %
Real (verheiratet)	98,66 € 6,6 %	365,83 € 14,6 %	681,08 € 19,5 %	1048,25 € 23,3 %	1457,25 € 26,5 %

Tabelle 2: Als gerecht empfundene, vermutete und reale Steuerhöhe

Es zeigt sich, dass die Steuerlast im unteren Einkommensbereich überschätzt, auf unseren oberen drei Einkommensstufen unterschätzt wird. Nur bei einem Bruttoeinkommen von 2500 Euro fallen die Schätzungen mit der Realität zusammen. Dabei wird der Anstieg der Progression eher flacher vermutet, als er in der Realität ist. Die gerechte Höhe liegt im Absolutbetrag deutlich unter sowohl vermuteter als auch realer Höhe der Steuer.

In unseren Daten findet sich somit das bekannte psychophysische Phänomen wieder, dass kleine Effekte überschätzt und große Effekte unterschätzt werden (Poulton, 1989). Unser Ergebnis, dass die Höhe der Steuer bei der untersten Einkommenshöhe unterschätzt wird, steht im Widerspruch zu bisherigen Forschungsergebnissen (vgl. etwa Fischer & Mörsch, 1999; Jonas, Heine, & Frey, 1999), die eher auf eine Überschätzung hinweisen. Bei der Abweichung spielt vermutlich eine Rolle, dass wir durch unser Design Sozialabgaben explizit von der Steuer getrennt und somit die Verschmelzung zu Abgaben insgesamt verhindert haben. In der Regel dürfte eher ein solches pauschales Brutto-Netto-Denken vorherrschen. Die beträchtliche Höhe der bereits abgezogenen Sozialabgaben mag dann suggerieren, dass „für die Steuer nicht mehr so viel übrig bleibt“.

Ferner könnte Einfluss auf unsere Daten haben, dass wir nicht die eigene Steuerlast beurteilen lassen, sondern die Einschätzung für eine hypothetische Person einholen. Wir kommen darauf zurück.

Vermutlich werden die Bürger bei jeder Steuerhöhe angeben, dass sie gern weniger zahlen würden, da finanzielle Verluste, wie bereits erwähnt, generell schnell als schmerzlich empfunden werden (Kahnemann & Tversky, 1979; Pitters, Kirchler & Witte, 2007). Nun haben wir aber bisher nicht nach der Bewertung der eigenen Steuerlast gefragt, sondern nach der Einschätzung in einer abstrakten Situation. Es ist also fraglich, inwiefern hier tatsächlich schon „Schmerzempfinden“ und der Bezug zur eigenen Person aktiviert werden.

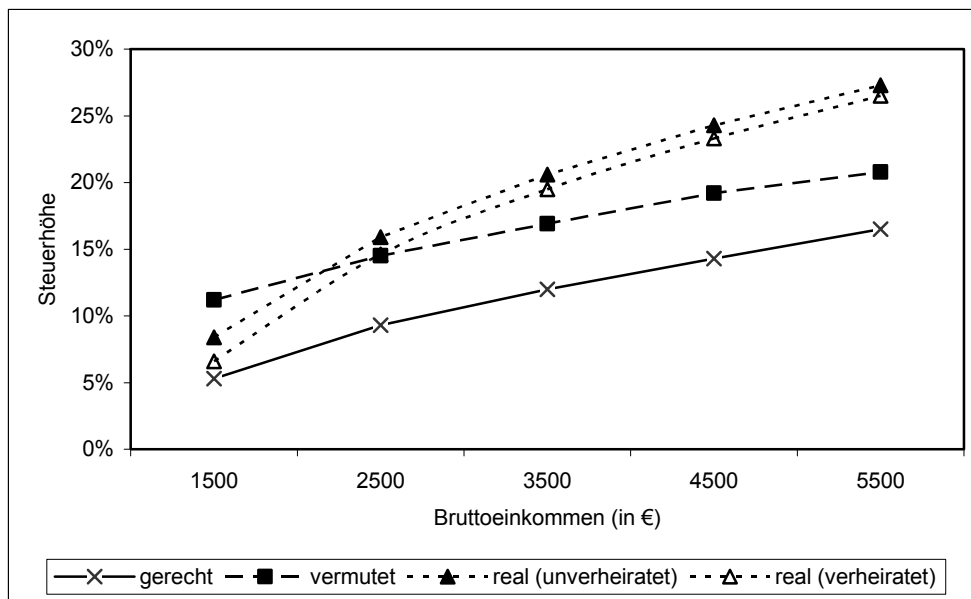


Abbildung 2: Gerechte, vermutete und reale Höhe (ohne Differenzierung nach Kinderzahl)

Um das zu berücksichtigen, unternehmen wir zwei Schritte: Wir schauen erstens: Werden die Befragten in ihrer Einschätzung durch ihre persönliche Situation geleitet? Das würde zum einen für eine Übertragungsleistung auf die eigene Rolle als Steuerzahler sprechen, zum anderen auf einen gewissen Hedonismus schließen lassen, insofern als das als gut und gerecht empfunden wird, was in der eigenen Situation möglichst Gewinn bringend scheint (Punkt 5.3). Zum Zweiten werden wir untersuchen, ob sich die Werte für gerechte und vermutete Steuerlast ändern, wenn ganz konkret nach eigenem Einkommen und eigener Steuer gefragt wird und somit eine direkte Betroffenheit unmittelbar vorliegt (Punkt 5.4).

5.3 Wie beeinflusst die eigene sozioökonomische Lage die Beurteilung der Steuerlast?

Die Einschätzungen der Teilnehmer in den Szenarien könnten durch die eigene sozioökonomische Position beeinflusst sein: eine größere Begünstigung von Kindern, wenn eigene Kinder vorhanden sind u. Ä. Da wir schon gesehen haben, dass eine größere Betroffenheit die Wahrnehmung der Steuer verändert, könnte das auch im Kontext der Szenarien eine Rolle spielen. Regressionsanalytisch zeigten sich aber weder relevante Zusammenhänge mit dem eigenen Einkommen noch mit Alter, Herkunftsregion, Einkunftsart oder Beruf. Auch wenn sich in Regressionsanalysen zum Teil signifikante Ergebnisse feststellen ließen, lag die Varianzaufklärung bei keinem der Modelle höher als 3 %. Das deutet darauf hin, dass durch die Szenario-Technik vorwiegend eine kognitive Abschätzung erreicht wird, welche losgelöst von der persönlichen Situation ist. Ferner sind die Szenarien den Befragungspersonen zufällig zugeordnet worden, was eine weitere systematische

Verzerrung verhindert haben mag. Die gefundenen Ergebnisse können also über die sozioökonomischen Gruppierungen der Befragten hinweg als gute Schätzung angesehen werden.

5.4 Wie bewerten Bürger ihre eigene Steuerlast?

Neben der Einschätzung der Steuerlast in den Szenarien haben wir das eigene monatliche Nettoeinkommen sowie vermutete und als gerecht empfundene *eigene* Steuerlast abgefragt. Wir sind vom Nettoeinkommen ausgegangen, weil dieses für die Lebensgestaltung relevanter und somit unserer Vermutung nach präsenter ist als das Bruttoeinkommen. Die Angaben haben wir in Stufen vornehmen lassen, da die Frage nach dem Einkommen wie eingangs erwähnt erfahrungsgemäß häufig – trotz gegebener Anonymität – als zu privat empfunden wird. Dennoch verweigerten rund 20 % der Teilnehmer die Angabe.

Aufgrund dieser Vorgehensweise konnten wir das zugrunde liegende Bruttoeinkommen und die dazugehörige reale Steuerlast nur schätzen. Hierzu wurde für jede Nettoeinkommensspanne die mögliche dazugehörige Bruttoeinkommensspanne bestimmt (Steuerklasse II, nicht verheiratet) und diese Spanne durch lineare Interpolation zu einem mittleren Einkommen zusammengefasst. Da die so entstehenden Werte für das Bruttoeinkommen von den in den Szenarien verwendeten Werten abwichen, uns aber der Vergleich zwischen beiden Ergebnissen interessierte, bestimmten wir für die abweichenden Bruttowerte ebenfalls durch Interpolation gerechte und vermutete Steuerhöhen. Naturgemäß sind so geschätzte Werte mit Ungenauigkeit behaftet und lassen nur Schlüsse auf Tendenzen zu, die wir im Folgenden vorstellen.

Generelle Tendenzen

Tabelle 3 spricht zunächst für die schon mehrfach angesprochene subjektive Verschmelzung von Steuern und Sozialabgaben: Die Befragten vermuten eine Besteuerung auch schon bei Einkommen unter 500 Euro, wohingegen gemäß Lohnsteuerrechner bei einem Bruttoeinkommen bis 1030 Euro keinerlei Steuer zu zahlen ist. Da Sozialabgaben bereits ab 400 Euro erhoben werden, sind vermutete Abzüge in diesen Einkommensgruppen wohl auf diese zurückzuführen.

Geht es um das eigene Einkommen und die eigene Steuerlast, entsteht im Gegensatz zu der abstrakten Einschätzung eine konkrete persönliche emotionale Betroffenheit, die erklären könnte, warum wir hier ein etwas anderes Bild als bei der Szenariotechnik erhalten: Bis zu einem Bruttoeinkommen von ca. 2800 Euro wird die Steuerlast in den ersten beiden Einkommensstufen deutlich überschätzt, ab der nächsten Stufe von ca. 4500 Euro dann in

etwa der Realität entsprechend eingeschätzt, schließlich bei der folgenden Stufe von 7100 Euro deutlich unterschätzt.

Nettolohn	Eigenes Einkommen		Eigene Steuerlast		
	Geschätzter Bruttolohn	Mittelwert Brutto	Mittelwert Vermutet	Mittelwert Gerech	Reale Steuerhöhe
0 - 499 €	bis 590€	≈ 300 €	12 %	3 %	0 %
500 - 999 €	590 - 1330€	≈ 1000 €	9 %	6 %	0 – 4 %
1000 - 1499 €	1330 - 2275 €	≈ 1800 €	18 %	12 %	10 %
1500 - 1999 €	2275 - 3300 €	≈ 2800 €	26 %	17 %	16 %
2000 - 2999 €	3300 - 5750 €	≈ 4500 €	16 %	13 %	23 %
3000 - 3999 €	5750 - 8450 €	≈ 7100 €	18 %	12 %	30 %

Tabelle 3: Eigenes Einkommen und eigene Steuerlast

Auch hier liegt die gerechte Steuer durchgängig unter der vermuteten. Die beiden Kurven bewegen sich aber parallel, so dass die Überschätzung auch zu einem höheren gerechten Steuersatz führt, der sogar teilweise über dem realen liegt (s. Abb. 4).

Vergleich mit Szenario-Ergebnissen

Wenn wir die durch Interpolation geschätzten Bruttoeinkommen bzw. die dazugehörigen Steuerangaben mit den entsprechenden Werten im Szenario vergleichen, kommen wir zu heterogenen Ergebnissen. Die Vermutung ist beim persönlichen Einkommen zunächst höher als bei der Szenario-Technik, einmal sind die Angaben entsprechend, und bei der höchsten Einkommensstufe weicht schließlich die Vermutung zur eigenen Steuerlast nach unten ab. Im Folgenden beschreiben wir diese Zusammenhänge noch einmal detaillierter.

Brutto-einkommen	Steuerhöhe				
	Vermutung eigener Satz (interpoliert)	Gerechter eigener Satz (interpoliert)	Realer Satz	Vermuteter Satz Szenario	Gerechter Satz Szenario
1500	15 %	10 %	7 %	11 %	5 %
2500	24 %	16 %	15 %	15 %	9 %
3500	23 %	16 %	20 %	17 %	12 %
4500	18 %	13 %	23 %	19 %	14 %
5500	17 %	13 %	27 %	21 %	17 %
6500	18 %	12 %	29 %	23 %	19 %

Tabelle 4: Vergleich von eigenen Steuersätze und Angaben im Szenario

Beim niedrigsten vergleichbaren Bruttoeinkommen von 1500 Euro ergibt sich eine deutlich höhere Vermutung für die eigene Steuerlast als für das Szenario, nämlich 15 % gegenüber 11 %. Die gerechte Steuerhöhe weist eine sehr ähnliche Differenz zwischen beiden Techniken auf (10 % vs. 5 %). In der Szenario-Technik fallen also sowohl vermuteter als auch gerechter Steuersatz wesentlich geringer aus; in beiden Fällen wird der reale Steuersatz überschätzt.

Bei einem Bruttoeinkommen von 2500 Euro vergrößern sich die Differenzen in der vermuteten Steuerlast zwischen beiden Erhebungsmethoden noch (24 % eigene Steuerlast, 15 % im Szenario). Im Szenario wird der reale Steuersatz näherungsweise getroffen, und auch der gerechte Satz liegt in seiner Nähe, während die Steuerlast beim eigenen Einkommen erheblich überschätzt wird. Auf der Grundlage dieser Überschätzung würde man allerdings auch höhere Abgaben in Kauf nehmen: beim eigenen Einkommen gemittelt 16 %, bei der Szenario-Technik nur 9 %.

Auf der Einkommensstufe von ca. 4500 Euro findet sich die beste Passung zwischen beiden Techniken. Der vermutete eigene Steuersatz liegt bei 18 %, im Szenario 19 %. Der gewünschte Steuersatz beträgt 14 % in der Szenario-Technik und 13 % beim persönlichen Einkommen; trotz der groben Bestimmung des eigenen Bruttoeinkommens sind also sehr ähnliche Ergebnisse bei beiden Erhebungsmethoden feststellbar.

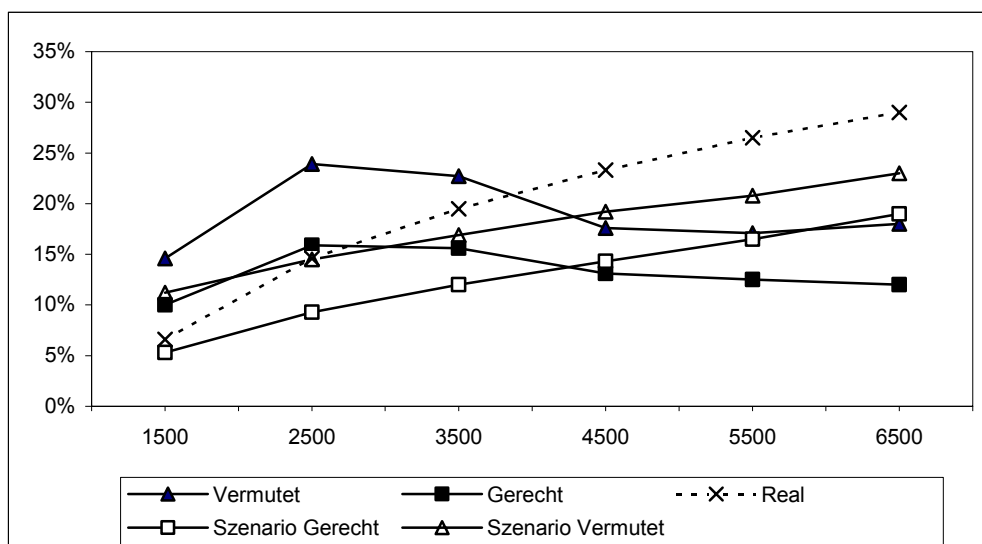


Abbildung 3: Szenario, eigene Steuerlast (interpoliert) und realer Satz im Vergleich

Für die höchste hier berichtete Einkommensstufe, nämlich ein Bruttoeinkommen von 6500 Euro, dreht sich schließlich das Bild: Im Mittel wird ein eigener Steuersatz von 18 % vermutet. Bei der Szenario-Technik würde man eine Vermutung von 23 % vorhersagen, die

somit höher liegt als bei der eigenen Besteuerung. Der gerechte Steuersatz wird mit 12 % bei dem persönlichen Einkommen angegeben und durch die Szenario-Technik durch Interpolation auf 19 % vorhergesagt. Damit liegt auch der gerechte Steuersatz unter dem der Szenario-Technik.

Generell richtet sich also immer die Angabe der gerechten Steuer nach der vermuteten Steuerhöhe.

Wenn man die eher kognitive Leistung bei der Szenario-Technik mit der affektiv gefärbten Angabe bei dem eigenen Bruttolohn vergleicht, sind diese Überschätzungen bei der Angabe der vermuteten Steuern dadurch zu erklären, dass hier eine besondere Betroffenheit vorliegt. Dieses Phänomen der Wahrnehmungsverzerrung durch emotionale Bedürfnisse ist schon lange bekannt und tritt vor allem dann auf, wenn man aus dem Gedächtnis Urteile abgeben soll (Carter & Schooler, 1949).

6. Fazit

Insgesamt bewegt sich die als gerecht empfundene Steuerhöhe zwischen 3 und 17 %. Das ist deutlich weniger als zurzeit erhoben wird. Folgt man den Ergebnissen aus den Szenarien, unterstützen die Bürger eine Progression grundsätzlich. Höhere Einkommen sollen demnach stärker besteuert werden als niedrige. Dabei wäre die Progression flacher gewünscht, als wir es aktuell vorfinden; die Diskrepanz zwischen gerechter und realer Steuerhöhe wird mit steigendem Einkommen größer, auch gemäß den Ergebnissen zum eigenen Einkommen. Kinder sollten stärker als bisher Berücksichtigung finden Vorteile für Verheiratete werden offenbar abgelehnt.

Für die Steuerpolitik lassen sich aus unseren Ergebnissen nur Denkanstöße, keine konkreten Handlungsanweisungen gewinnen. Das wird vor allem an den Diskrepanzen zwischen den Einschätzungen im Szenario und bezüglich des eigenen Einkommens im oberen Einkommensbereich deutlich. Diese sind zwar sicherlich erklärbar, etwa anhand der Schmerzlichkeit von finanziellen Verlusten (Kahnemann & Tversky, 1979) als auch durch die Unterschiedlichkeit von Einschätzungen bei unterschiedlichem Abstraktionsgrad: Die eher abstrakte Einschätzung bei der Szenario-Technik behandelt den allgemeinen gesellschaftlichen Rahmen, die individuelle Betroffenheit weist dann auf das Problem der Gerechtigkeitsbewertung im Einzelfall hin. Diese Diskrepanz ist nicht zu vermeiden, sondern nur durch eine intensive Aufklärung bei durchschaubaren Gesetzen in ihrer Wirkung zu reduzieren. Unsere Studie hat an dieser Stelle weist auf diese zusätzliche Problematik hin.

Ihr Schwerpunkt liegt jedoch bei den kognitiv-basierten, distributiven Gerechtigkeitsangaben in verschiedenen Lebensverhältnissen. Dennoch erschweren es diese unterschiedlichen Bewertungsdimensionen, überzeugende Schlüsse für einen zukünftigen Umgang mit dem Einkommensteuersatz unter stärkerer Berücksichtigung des Gerechtigkeitsempfindens von Bürgern zu ziehen.

Die Differenz zwischen der realen und der als gerecht empfundenen Steuer wirft für den Staat Probleme auf: Sie kann für Unzufriedenheit sorgen und die Steuermoral sinken lassen. Eine erhebliche Abweichung der Realität von Erwartungen gilt in der Ökonomie als Risikofaktor für die Stabilität des politischen Systems (Moore, 1978), ist also politisch durchaus ernst zu nehmen. Allerdings ist eine solche Differenz zwischen Realität und Wunsch psychologisch erst kritisch, wenn diese Diskrepanz zu groß wird. Was man unter „zu groß“ konkret zu fassen hat, darauf könnten Studien aus einem etwas anderen Kontext hinweisen: In Bezug auf Steuersenkungen ergaben sich, dass die Entlastung ca. 10 % betragen muss, um als psychologisch bedeutsamer Wert, wahrgenommen zu werden und damit offenbar eine Schwelle überschritten wird, an der die Differenzen tatsächlich als Abweichung vom Soll fühlbar werden. Erst eine Steuersenkung in dieser Größenordnung erzeugt demnach das Gefühl, sich mehr leisten zu können (Witte & Scheffer, 2004; Pitters, Kirchler & Witte, 2007). In unseren Kontext übertragen, wäre daher eine Differenz zwischen vermuteter Steuerbelastung und gerechter Steuer von 10 % als kritisch für die Bewertung des Steuersystems anzunehmen. Da aber keine Differenz so groß ist, ist eine massive Abwehr durch spezielle Steuerzahlergruppen nicht zu erwarten.

Grundsätzlich sind zwei Ansatzpunkte denkbar, wie in der Praxis mit der gefundenen Diskrepanz zwischen realem und als gerecht empfundenem Steuersatz umgegangen werden könnte: den Steuertarif zu modifizieren oder die Steuermoral zu stärken. Der erste Weg, in Form von einer Milderung der Progression in den oberen Einkommensbereichen und deutlichen Senkungen des Steuersatzes, hätte für den Staat dramatische Einnahmeneinbußen zur Folge. Derzeit trägt das Viertel der Steuerpflichtigen mit Einkommen über 3100 Euro Brutto im Monat 80 % der gesamten Einkommensteuereinnahmen (Statistisches Bundesamt, 2008). Diese Hauptsteuerlast ruht also vor allem auf den Schultern der oberen Mittelschicht und der Reichen. Dabei ist die Mittelschicht dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) zufolge definiert als diejenige Gruppe, die 70 bis 150 % des mittleren Einkommens bezieht, derzeit 26.200 bis 54.000 Euro brutto pro Jahr bzw. ca. 2200 bis 4500 Euro brutto pro Monat. Steuerlich gilt allerdings ein Einkommen von ca. 52.200 Euro schon als Spitzenverdienst, so dass die wirtschaftliche und die steuerliche Realität hier auseinanderklaffen. Zumindest eine

Anpassung der Steuersätze an die steigenden Durchschnittseinkünfte und somit eine Verhinderung der kalten Progression könnten das Gerechtigkeitsempfinden der besser Verdienenden dementsprechend stärken.

Psychologisch könnte man auch argumentieren, dass Bürger die vergleichsweise hohen Sätze vermutlich eher für angemessen halten, wenn sie deren Notwendigkeit nachvollziehen können. Dieser Weg würde mehr auf eine Stärkung der Steuermoral abzielen. In Zukunft sollte deshalb stärker auf die positive Bedeutung der Steuern für die Gemeinschaft hingewiesen werden. Wenn Steuern hauptsächlich mit Verlust und Verschwendung assoziiert werden, ist es nicht verwunderlich, dass Bürger möglichst wenig Steuern bezahlen möchten. Eine solche Strategie zur Veränderung der Einstellung gegenüber Steuern könnte sich selbst finanzieren durch die Verbesserung der Steuermoral und Reduktion der Schwarzarbeit. Der wesentliche Effekt aber ist die größere Akzeptanz des Staatswesens als eine Institution, die für Sicherheit sorgt, im Notfall hilft und für Gerechtigkeit einsteht. Die Bedeutung einer Umbewertung von Steuern durch den Bürger ist nicht zu unterschätzen (vgl. z.B. Nerré, 2008).

Positiv auf die Steuermoral wirkt sich offenbar auch die Beteiligung der Bürger am Zustandekommen von Regelungen aus. Die Schweiz erzielt hier große Erfolge, indem sie Finanzfragen, Steuern und Ausgaben stärker an die direkte Demokratie koppelt. So wird das Gefühl der Machtlosigkeit, das mit Steuerzahlung einhergeht, eingedämmt bzw. ein Gefühl der Verantwortlichkeit geweckt, mit der Folge, dass dort Staatsausgaben und Schulden sinken und die Steuermoral steigt (Frey, 2008, Kirchgässner, Feld, & Savioz, 1999).

Im unteren Einkommensbereich weichen der als gerecht empfundene und der reale Steuersatz nicht weit voneinander ab; zum Teil liegt der gewünschte sogar über dem realen. Gezielte Aufklärung könnte der erheblichen Überschätzung der Einkommensteuer entgegenwirken und so zu einem erhöhten Gerechtigkeitsempfinden beitragen. Hier wird besonders deutlich, dass Steuern und Sozialabgaben nicht differenziert wahrgenommen werden, was zwar einerseits verständlich ist, da es sich pauschal um gefühlte Verluste handelt, andererseits aber zum schlechten Ruf der Steuern beiträgt.

Die Zusammenhänge zwischen Steuermoral sowie genauerer Kenntnis der Verwendung der Steuermittel und dem als gerecht empfundenen Steuersatz sind interessante Felder für zukünftige Forschung.

Literatur

- Brandstätter, H. (1994). Determinanten der Steuerhinterziehung: Ergebnisse der experimentellen Psychologie. In C. Smekal & E. Theurl (Eds.), *Stand und Entwicklung der Finanzpsychologie*, (pp. 213-245). Baden-Baden: Nomos.
- Birnbaum, M. H. (2004). Human research and data collection via the Internet. *Annual Review of Psychology*, 55, 803–832.
- Fischer, L., & Mörsch, C. (1999). Themen und Konzepte einer allgemeinen Finanzpsychologie - Sozialpsychologische Grundlagen und wirtschaftliche Anwendungsgebiete. In L. Fischer, T. Kutsch & E. Stephan (Eds.), *Finanzpsychologie* (pp. 11-46). München [u. a.]: Oldenbourg.
- Frey, B.S. (2008). Happiness. A revolution in economics. Cambridge, MA: MIT Press.
- Jonas, E., Heine, K., & Frey, D. (1999). Ein Modell der Steuerzufriedenheit - psychologische Grundlagen (un)ökonomischen Handelns. In L. Fischer, T. Kutsch & E. Stephan (Eds.), *Finanzpsychologie*. München [u. a.]: Oldenbourg.
- Kahnemann, D. & Tversky, A. (1979). Prospect theory: An analysis of decision under risk. *Econometrica*, 47, 263-291.
- Kirchgässner, G., Feld, L. P., & Savioz, M. R. (1999). *Die direkte Demokratie: Modern, erfolgreich, entwicklungs- und exportfähig*. München: Verlag Franz Vahlen.
- Kirchler, E. (2007). *The Economic Psychology of Tax Behaviour*. Cambridge [u. a.]: Cambridge Univ. Press.
- Kraut, R., Olson, J., Banaji, M., Bruckman, A., Cohen, J., & Couper, M. (2004). Psychological research online: Report of board of scientific affairs' advisory group on the conduct of research on the internet. *American Psychologist*, 59(2), 105-117.
- Liebig, S., & Mau, S. (2005). Wann ist ein Steuersystem gerecht? Einstellungen zu allgemeinen Prinzipien der Besteuerung und zur Gerechtigkeit der eigenen Steuerlast. *Duisburger Beiträge zur soziologischen Forschung*, 1/2005.
- Moore, B. (1978). *Injustice: The social bases of obedience and revolt*. London [et al]: Macmillan Press.
- Nerré, B. (2008). Tax Culture: A Basic Concept for Tax Politics. *Economic Analysis & Policy*, 38(1), 153-167.
- Noll, H.-H. & Weick, S. (2008). Beachtliche Disparitäten bei gegenwärtig noch hohem Lebensstandard. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 39, 6-11.
- Pitters, J., Kirchler, E., & Witte, E. H. (2007). Steuersenkung oder Gehaltserhöhung? Zur psychologischen Wirkung von unterschiedlich formuliertem Einkommenszuwachs auf die Konsumabsicht. *Wirtschaftspsychologie*, 9(4), 61-67.
- Porschke, C., & Witte, E. H. (2002). Psychologische Faktoren der Steuergerechtigkeit.

- In E. H. Witte (Ed.), *Sozialpsychologie wirtschaftlicher Prozesse* (pp. 256-288). Lengerich: Pabst.
- Poulton, E. C. (1989). Bias in quantifying judgments. Hillsdale: Erlbaum.
- Schmölders, G. (1975). *Einführung in die Geld- und Finanzpsychologie*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Spicer, M. W., & Becker, L. A. (1980). Fiscal inequity and tax evasion: An experimental approach, in: *National Tax Journal* 33, 171-175.
- Statistisches Bundesamt (2008). Ein Viertel der Steuerzahler zahlte 80 Prozent der Einkommensteuer. Pressemitteilung Nr. 305 vom 25.08.2008, <http://www.destatis.de>.
- Traxel, W. (1986). *Die Freibeträge des Einkommensteuergesetzes: eine systematische Untersuchung unter Gerechtigkeitsaspekten*. Frankfurt a.M. [u.a.]: Lang.
- Wärneryd, K.-E., & Walerud, B. (1982). Taxes and economic behavior: Some interview data on tax evasion in Sweden, in: *Journal of Economic Psychology* 2, 187-211.
- Weck-Hannemann, H., & Pommerehne, W. W. (1989). Einkommensteuerhinterziehung in der Schweiz: Eine empirische Analyse. *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik*, 125(4), 515-556.
- Witte, E. H., & Scheffer, J. (2004). Die Steuerreform und der Konsumanreiz: Eine wirtschaftspsychologische Betrachtung. *Wirtschaftspsychologie*, 6(1), 93-99.
- Witte, E. H., & Mölders, C. (2007). Einkommensteuergesetz: Begründung der vorhandenen Ausnahmetatbestände ethisch bedenklich. *Wirtschaftspsychologie*, 2007(3), 65-81.
- Witte, E. H., Mölders, C., & van Quaquebeke, N. (2008). *Wirtschaftspsychologie und Einkommensteuergesetz: Als wie gerecht Bürger Ausnahmen bewerten*. Under review.




Universität Hamburg

- HAFOS -

Die Hamburger Forschungsberichte zur Sozialpsychologie werden herausgegeben von Prof. Dr. Erich H. Witte und können als gedruckte Version über die folgende Adresse bezogen werden:

Prof. Dr. Erich H. Witte
Universität Hamburg
Arbeitsbereich Sozialpsychologie
Von-Melle-Park 5
20146 Hamburg
E-Mail: witte_e_h@uni-hamburg.de

Die Mehrzahl der Forschungsberichte steht als PDF () – Datei zum Download zur Verfügung unter:
<http://www.uni-hamburg.de/fachbereiche-einrichtungen/fb16/absozpsy/hafos.html>

- | | |
|----------------------|---|
| HAFOS Nr. 1
1992 | Witte, E.H.: The extended group situation theory (EGST), social decision schemes, models of the structure of communication in small groups, and specific effects of minority influences and selfcategorization: An integration. |
| HAFOS Nr. 2
1992 | Witte, E.H., & Scherm, M.: Technikfolgenabschätzung und Gentechnologie – Die exemplarische Prüfung eines Experten-berichts auf psychologische Konsistenz und Nachvollziehbarkeit. |
| HAFOS Nr. 3
1992 | Witte, E.H.: Dynamic models of social influence in small group research. |
| HAFOS Nr. 4
1993 | Witte, E.H., & Sonn, E.: Trennungs- und Scheidungsberatung aus der Sicht der Betroffenen: Eine empirische Erhebung. |
| HAFOS Nr. 5
1993 | Witte, E.H., Dudek, I., & Hesse, T.: Personale und soziale Identität von ost- und westdeutschen Arbeitnehmern und ihre Auswirkung auf die Intergruppenbeziehungen. |
| HAFOS Nr. 6
1993 | Hackel, S., Zülske, G., Witte, E.H., & Raum, H.: Ein Vergleich berufsrelevanter Eigenschaften von „ost- und westdeutschen“ Arbeitnehmern am Beispiel der Mechaniker. |
| HAFOS Nr. 7
1994 | Witte, E.H.: The Social Representation as a consensual system and correlation analysis. |
| HAFOS Nr. 8
1994 | Doll, J., Mentz, M., & Witte, E.H.: Einstellungen zur Liebe und Partnerschaft: vier Bindungsstile. |
| HAFOS Nr. 9
1994 | Witte, E.H.: A statistical inference strategy (FOSTIS): A non- confounded hybrid theory. |
| HAFOS Nr. 10
1995 | Witte, E.H., & Doll, J.: Soziale Kognition und empirische Ethikforschung: Zur Rechtfertigung von Handlungen. |
| HAFOS Nr. 11
1995 | Witte, E.H.: Zum Stand der Kleingruppenforschung. |
| HAFOS Nr. 12
1995 | Witte, E.H., & Wilhelm, M.: Vorstellungen über Erwartungen an eine Vorlesung zur Sozialpsychologie. |
| HAFOS Nr. 13
1995 | Witte, E.H.: Die Zulassung zum Studium der Psychologie im WS 1994/95 in Hamburg: Ergebnisse über die soziodemographische Verteilung der Erstsemester und die Diskussion denkbarer Konsequenzen. |
| HAFOS Nr. 14
1995 | Witte, E.H., & Sperling, H.: Wie Liebesbeziehungen den Umgang mit Freunden geregelt wünschen: Ein Vergleich zwischen den Geschlechtern. |
| HAFOS Nr. 15
1995 | Witte, E.H.: Soziodemographische Merkmale der DoktorandInnen in Psychologie am Hamburger Fachbereich. |
| HAFOS Nr. 16
1996 | Witte, E.H.: Wertewandel in der Bundesrepublik Deutschland (West) zwischen 1973 bis 1992: Alternative Interpretationen zum Ingelhart-Index. |
| HAFOS Nr. 17
1996 | Witte, E.H., & Lecher, Silke: Systematik von Beurteilungskriterien für die Güte von Gruppenleistungen. |
| HAFOS Nr. 18
1997 | Witte, E.H., & Kaufman, J.: The Stepwise Hybrid Statistical InferenceStrategy: FOSTIS. |
| HAFOS Nr. 19
1997 | Kliche, T., Adam, S., & Jannink, H.: „Bedroht uns der Islam?“ Die Konstruktion eines „postmodernen“ Feindbildes am Beispiel Algerien in zwei exemplarischen Diskursanalysen. |
| HAFOS Nr. 20
1998 | Witte, E.H., & Pablocki, Frank von: Unterschiede im Handlungsstil: Lage- und Handlungsorientierung in Problemlöse-Dyaden. |

- HAFOS Nr. 21 1998 Witte, E.H., Sack, P.-M., & Kaufman, J.: Synthetic Interaction and focused Activity in Sustainment of the Rational Task-Group.
- HAFOS Nr. 22 1999 Bleich, C., Witte, E.H., & Durlanik, T.: Soziale Identität und Partnerwahl: Partnerpräferenzen von Deutschen und Türken der zweiten Generation
- HAFOS Nr. 23 1999 Porschke, C.: Zur Entwicklung unternehmensspezifischer Anforderungsprofile mit der Repertory Grid Technik: Ergebnisse einer empirischen Studie.
- HAFOS Nr. 24 2000 Witte, E.H., & Putz, Claudia: Routinebesprechungen: Deskription, Intention, Evaluation und Differenzierung.
- HAFOS Nr. 25 2000 Witte, E.H.: Kundenorientierung: Eine Managementaufgabe mit psychologischem Feingefühl
- HAFOS Nr. 26 2000 Witte, E.H.: Die Entwicklung einer Gruppenmoderationstheorie für Projektgruppen und ihre empirische Überprüfung.
- HAFOS Nr. 27 2000 Figen Karadayi: Exposure to a different culture and related autonomouself: A comparison of remigrant and nonmigrant turkish lateadolescent groups.
- HAFOS Nr. 28 2000 Witte, E.H., & Raphael, Christiane: Alter, Geschlecht und Informationsstand als Determinanten der Einstellung zum Euro
- HAFOS Nr. 29 2001 Witte, Erich H.: Bindung und romantische Liebe: Sozialpsychologische Aspekte der Bindungstheorie.
- HAFOS Nr. 30 2001 Witte, Erich H.: Theorien zur sozialen Macht.
- HAFOS Nr. 31 2001 Witte, Erich H.: Wertewandel, wirtschaftliche Prozesse und Wählerverhalten: Sozialpsychologische Gesetzmäßigkeiten zur Erklärung und Bekämpfung von Ausländerfeindlichkeit.
- HAFOS Nr. 32 2001 Lecher, Silke, & Witte, E. H.: FORMOD und PROMOD: State of the Art der Moderation des Gruppenproblemlösens.
- HAFOS Nr. 33 2001 Porschke, Christine, & Witte, E. H.: Psychologische Faktoren der Steuergerechtigkeit.
- HAFOS Nr. 34 2001 Tettenborn, Annette: Zeitgemäßes Lernen an der Universität: „Neuer Wein in alte Schläuche?“
- HAFOS Nr. 35 2001 Witte, Erich H.: Wirtschaftspsychologische Ursachen politischer Prozesse: Empirische Belege und ein theoretisches Konzept.
- HAFOS Nr. 36 2001 Witte, Erich H.: Der Köhler-Effekt: Begriffsbildung, seine empirische Überprüfung und ein theoretisches Konzept.
- HAFOS Nr. 37 2001 Diverse: Zwischen Couch, Coaching und ‚neuen kleinen Feldern‘ – Perspektiven Angewandter Psychologie. Beiträge zum 75jährigen Jubiläum der Gesellschaft zur Förderung der Angewandten Psychologie e.V.
- HAFOS Nr. 38 2001 Witte, Erich H.: Ethische Grundpositionen und ihre Bedeutung bei der Rechtfertigung beruflicher Handlungen.
- HAFOS Nr. 39 2002 Witte, Erich H.: The group polarization effect: To be or not to be?
- HAFOS Nr. 40 2002 Witte, Erich H.: The Köhler Effect: Definition of terms, empirical observations and theoretical concept.
- HAFOS Nr. 41 2002 Witte, Erich H.: Das Hamburger Hochschulmodernisierungsgesetz: Eine wissenschaftlich-psychologische Betrachtung.
- HAFOS Nr. 42 2003 Witte, Erich H.: Classical ethical positions and their relevance in justifying behavior: A model of prescriptive attribution.
- HAFOS Nr. 43 2003 Witte, Erich H.: Wie verändern Globalisierungsprozesse den Menschen in seinen Beziehungen? Eine sozialpsychologische Perspektive.
- HAFOS Nr. 44 2003 Witte, Erich H., & Putz, Claudia: Paarbeziehungen als Mikrosysteme: Ableitung und empirische Prüfung von theoretischen Annahmen.
- HAFOS Nr. 45 2003 Trepte, S., Ranné, N., & Becker, M.: Patterns of New Media Adoption in a World of Hybrid Media.
- HAFOS Nr. 46 2003 Trepte, S.: Daily as Self-Realization – An Empirical Study on Audience Participation in Daily Talk Shows.
- HAFOS Nr. 47 2003 Witte, Erich H., & Engelhardt, Gabriele: Gruppen-entscheidungen bei „Hidden Profiles“ ‚Shared View‘ – Effekt oder kollektiver ‚Primacy‘-Effekt? Empirische Ergebnisse und theoretische Anmerkungen.
- HAFOS Nr. 48 2003 Witte, Erich H., & Raphael, Christiane: Der EURO, der junge Konsument und die wirtschaftliche Entwicklung.
- HAFOS Nr. 49 2003 Witte, Erich H., & Scheffer, Julia: Die Steuerreform und der Konsumanreiz: Eine wirtschaftlich-psychologische Betrachtung.
- HAFOS Nr. 50 2004 Witte, Erich H.: Theorienentwicklung und –konstruktion in der Sozialpsychologie.
- HAFOS Nr. 51 2004 Witte, Erich H., & Janetzki, Evelyn: Fragebogenentwicklung zur Lebensgestaltung.
- HAFOS Nr. 52 2004 Witte, Erich H., & Engelhardt, Gabriele: Towards a theoretically based Group Facilitation Technique for Project Teams
- HAFOS Nr. 53 2004 Scheffer, Julia, & Witte, Erich H.: Der Einfluss von makrosozialer wirtschaftlicher Bedrohung auf die Leistungsfähigkeit.

- HAFOS Nr. 54
2004
HAFOS Nr. 55
2005
HAFOS Nr. 56
2005
HAFOS Nr. 57
2005
HAFOS Nr. 58
2005
HAFOS Nr. 59
2005
HAFOS Nr. 60
2005
HAFOS Nr. 61
2005
HAFOS Nr. 62
2005
HAFOS Nr. 63
2005
HAFOS Nr. 64
2005
HAFOS Nr. 65
2006
HAFOS Nr. 66
2006
HAFOS Nr. 67
2006
HAFOS Nr. 68
2006
HAFOS Nr. 69
2006
HAFOS Nr. 70
2006
HAFOS Nr. 71
2006
HAFOS Nr. 72
2006
HAFOS Nr. 73
2007
HAFOS Nr. 74
2007
HAFOS Nr. 75
2007
HAFOS Nr. 76
2007
HAFOS Nr. 77
2007
HAFOS Nr. 78
2007
HAFOS Nr. 79
2007
HAFOS Nr. 80
2008
HAFOS Nr. 81
2008
HAFOS Nr. 82
2008
- Witte, Erich H., & Wolfram, Maren: Erwartungen und Vorstellungen über die Vorlesung Psychologie.
Heitkamp, Imke, Borchardt, Heike, & Witte, Erich H.: Zur simulierten Rechtfertigung wirtschaftlicher und medizinischer Entscheidungen in Ethikkommissionen: Eine empirische Analyse des Einflusses verschiedener Rollen.
Witte, Erich H.: Sozialisationstheorien.
van Quaquebeke, Niels, & Plum, Nina: Outside-In: Eine Perspektivbestimmung zum Umgang mit Wissen in der Sozialpsychologie.
Witte, Erich H., & Heitkamp, Imke: Quantitative Rekonstruktionen (Retrognosen) als Instrument der Theoriebildung in der Sozialpsychologie.
Witte, Erich H., van Quaquebeke, Niels, & Mölders, Christina: Mehrwertsteuererhöhung: Eine wirtschaftspsychologische Analyse ihrer Wirkung.
Trepte, Sabine, & Scherer, Helmut: What do they really know? Differentiating Opinion Leaders into 'Dazzlers' and 'Experts'.
Witte, Erich H., & Heitkamp, Imke: Empirical research on ethics: The influence of social roles on decisions and on their ethical justification.
Witte, Erich H., & Heitkamp, Imke, & Wolfram, Maren: Zur simulierten Rechtfertigung wirtschaftlicher und medizinischer Entscheidungen in Ethikkommissionen: Eine empirische Analyse des Einflusses von Rollenerwartungen.
Witte, Erich H.: Macht.
Witte, Erich H.: Soziale Beziehungen, Gruppen- und Intergruppenprozesse.
Witte, Erich H.: Gruppenleistungen. Eine Gegenüberstellung von ultimativer und proximativer Beurteilung.
Witte, Erich H.: Interpersonale Kommunikation, Beziehungen und Gruppen-Kollaboration.
Witte, Erich H.: Group performance: A confrontation of a proximate with an ultimate evaluation.
Witte, Erich H.: Das Studierverhalten von DiplompsychologInnen in Hamburg und mögliche Hinweise für die Konzeption eines Bachelor/Master-Studiums.
Witte, Erich H., & Mölders, Christina: Einkommensteuergesetz: Begründung der vorhandenen Ausnahmetatbestände ethisch bedenklich.
Witte, Erich H., & Halverscheid, Susanne: Justification of War and Terrorism. A Comparative Case Study examining Ethical Positions based on Prescriptive Attribution Theory.
van Quaquebeke, Niels, Zenker, Sebastian, & Eckloff, Tilman: Who cares? The importance of interpersonal respect in employees' work values and organizational practices.
van Quaquebeke, Niels, & Brodbeck, F. C.: Sind Sie mein Führungstyp? Entwicklung und Validierung zweier Instrumente zur Erfassung von Führungskraft-Kategorisierung auf der Basis von impliziten Führungstheorien.
Unger, Dana & Witte, Erich H.: Virtuelle Teams – Geringe Kosten, geringer Nutzen? Zur Leistungsverbesserung von Kleingruppen beim Problemlösen durch elektronische Moderation.
Hilkenmeier, Frederic, & van Treeck, Joost: Determinanten des Verhaltens: Verhaltensprädiktion durch eine Weiterentwicklung der Theory of Planned Behavior.
Witte, Erich H., & Feldhusen, Frauke R.: Can PROMOD Prevent the Escalation of Commitment? The Effect of a Group Facilitation Technique on an Investment Decision
Witte, Erich H., Poser, Bettina, & Strohmeier, Charlotte: Konsensueller Sadomasochismus. Eine empirische Prüfung von Bindungsstil und Sozialisationseinfluss.
Reinecke, Leonard, Trepte, Sabine, & Behr, Katharina-Maria: Why Girls Play. Results of a Qualitative Interview Study with Female Video Game Players.
Trepte, Sabine, & Krämer, Nicole: Expanding social identity theory for research in media effects: Two international studies and a theoretical model.
Boy, Regina, & Witte, Erich H.: Do Group Discussions Serve an Educational Purpose?
Müller, Saskia, & Koschate, Anne-Christin: Second Life: Neuer Markt oder vergänglicher Hype?
Gollan, Tobias, & Witte, Erich H.: A Conceptual Analysis of Justification of Action and the Introduction of the Prescriptive Attribution Concept.
Witte, Erich H., Mölders, Christina, & van Quaquebeke, Niels: Wirtschaftspsychologie und Einkommensteuergesetz: Als wie gerecht Bürger Ausnahmen bewerten.

- HAFOS Nr. 83
2008 Junger, Lisa T., & Witte, Erich H.: Media and the contact hypothesis. An experimental study on the impact of parasocial contact.
- HAFOS Nr. 84
2008 Bodansky, Alexander N., & Witte, Erich H.: The influence of personal proximity and framing on moral decision behaviour.
- HAFOS Nr. 85
2008 Witte, Erich H., & Kahl, Cara H.: Small Group Performance: Reinterpreting Proximate Evaluations from an Ultimate Perspective
- HAFOS Nr. 86
2008 Witte, Erich H., Mölders, Christina, & van Quaquebeke, Niels: Gerechtigkeit durch Sonderbehandlung? Wie Bürger Ausnahmeregelungen im Einkommensteuergesetz bewerten.
- HAFOS Nr. 87
2009 Witte, Erich H., Mölders, Christina, & Peytsch, Oliver: Gerechte Einkommensteuerhöhe: Das Verhältnis von Erwartung, Wunsch und Wirklichkeit.